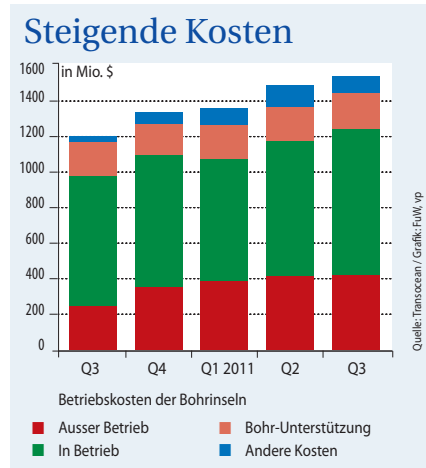
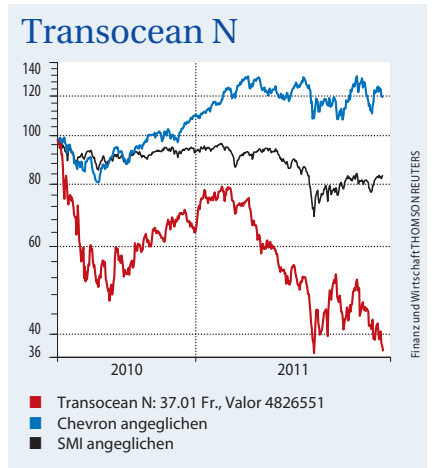


Klage in Brasilien erschüttert Transocean

Staatsanwaltschaft fordert von SMI-Schwergewicht und Chevron 10 Mrd. \$ und will Konzerne verbannen – Keine Aufträge von Petrobras? – Showdown im Streit mit BP



Ein Ölleck vor der brasilianischen Küste könnte Transocean viel Geld und zudem lukrative Aufträge kosten.



JAN SCHWALBE

Die Staatsanwaltschaft in Brasilien will Chevron und Transocean in Zusammenhang mit einem Leck bei einer Probebohrung vor der brasilianischen Küste eine Strafe von insgesamt 10 Mrd. \$ aufbrummen. Zudem sollen beide Konzerne auf unbestimmte Zeit aus Brasilien verbannt werden. Falls die Klage so durchkommt, wird das Chevron schwer treffen und für Transocean gar zur Zerreissprobe werden.

Für den in Zug domizilierten Konzern, der noch immer mit den Spätfolgen der Havarie der Bohrinself Deepwater Horizon im Golf von Mexiko kämpft, kommt die Klage zu einem denkbar ungünstigen Moment. Zwar stehen die Chancen gut, dass das Gericht die Strafforderung mildert und auf das Geschäftsverbot verzichtet – zu drakonisch sind die Massnahmen im Vergleich zu früheren Urteilen. Dennoch schadet die Klage dem ohnehin schon

schwer angekratzten Ruf und wird die Geschäftsaussichten beeinträchtigen.

Das gilt besonders für die Aussichten in Brasilien. Das goldene Dreieck genannte Ölvorkommen vor der Küste zählt weltweit zu den drei wichtigsten Fördergebieten. Die Fördermenge soll dort bis 2020 verdreifacht werden.

Wichtiges goldenes Dreieck

Transocean setzt in Brasilien zehn Bohrinself ein, hat aber noch viel mehr vor. In der Schwebe hängt angesichts der eingereichten Klage vor allem die Beteiligung an vier Grosseaufträgen der brasilianischen Ölgesellschaft Petrobras. Der lukrativste davon umfasst allein 21 Ultra-Deepwater Units. Petrobras wird vom Staat kontrolliert und dürfte angesichts des Verfahrens andere Anbieter stärker berücksichtigen.

Transocean nimmt die Klage nicht auf die leichte Schulter. Pressesprecher Guy Cantwell erklärt: «Wir kooperieren mit

den Behörden.» Gleichzeitig weist er aber darauf hin, dass der Fall nicht mit dem im Golf von Mexiko zu vergleichen sei. Chevron hat bereits klargestellt, dass die Arbeiter von Transocean keine Fehler gemacht haben. Cantwell stellt denn auch klar, dass das Geschäft in Brasilien bisher nicht beeinträchtigt sei und sämtliche Bohrinself weiter in Betrieb sind.

Im Campos-Becken vor Rio de Janeiro sind auf dem Frade-Ölfeld Mitte November 3000 bis 5000 Fass Öl ausgelaufen. Chevron hatte die Oberaufsicht. Transocean stellte und betrieb das Bohrschiff. Frade gehört neben Chevron (51,7%) auch Petrobras (30%) und Frade Japao Petroleo (18,3%). Nach ähnlichen Zwischenfällen hatten brasilianische Gerichte die Schadenssummen jeweils deutlich tiefer angesetzt. Deshalb gehen viele Analysten davon aus, dass die Strafzahlung auch dieses Mal Millionen- und nicht Milliardenhöhe erreicht und ein Betriebsverbot nicht durchsetzbar ist. Doch Staatsanwalt Edu-

ardo Santos sieht das anders. Er ist der Meinung, dass tiefe Beträge wirkungslos seien und nur ein Paradigmawechsel, in dem aus Millionen Milliarden werden, einen Sinneswandel herbeiführt.

Finger weg von Transocean

Im Endeffekt dürften schon allein Sachzwänge verhindern, dass Chevron und Transocean aus Brasilien verbannt werden. Brasilien ist daran interessiert, den Output hochzuhalten. Ohne die Bohrausrüstung von Transocean wäre das angesichts des limitierten Angebots im Markt nur schwer zu realisieren.

Chevron und Transocean arbeiten auch in anderen Gewässern gut zusammen. Gemäss dem jüngsten Flottenreport hat der US-Ölmulti vom Zuger Öldienstleister mit texanischen Wurzeln für das erste Quartal 2012 eine Bohranlage bestellt, die Transocean in den kommenden drei Jahren täglich 149 000 \$ einbringt.

Neues gibt es vom Rechtsstreit mit BP. Nach Anadarko, Weatherford und Mitsui hat sich Cameron International, der Hersteller des Sicherheitsventils (Blowout Preventer), mit BP geeinigt. Cameron überweist den Briten 250 Mio. \$. BP verzichtet im Gegenzug auf sämtliche Forderungen.

Transocean und auch Halliburton hingegen haben noch nicht eingelenkt. Ohne einen Vergleich wird ein Prozess, der am 27. Februar in New Orleans unter der Führung des US-Richters Carl Barbier beginnt, die Schadenersatzfrage klären.

Die Aktien von Transocean haben in den letzten Tagen rund 10, die von Chevron 4% verloren. Seit Ende Oktober notieren Transocean gar über 25% tiefer. Auch wenn die Branche mit ihrem zuverlässigen Cashflow Chancen bietet, eröffnet die Kursschwäche keine Kaufgelegenheit. Neben dem Disput mit BP schwelt nun auch die Klage in Brasilien. Die Titel der in Baar angesiedelten Noble und der norwegischen Seadrill sind die bessere Wahl.

«In der AHV sind einschneidende Massnahmen notwendig»

BÄRNER APERO STÄNDERAT WERNER LUGINBÜHL (BDP/BE) Zur Forderung nach Fiskalregeln für AHV und IV sowie zur Zukunft der beiden Sozialwerke

□ Herr Luginbühl, nach dem Ständerat hat diese Woche auch der Nationalrat Ihre Motion für die Einführung von Fiskalregeln in der AHV und der Invalidenversicherung IV angenommen. Was ist genau darunter zu verstehen?

Fiskalregeln sind Instrumente, die vorsorglich ergriffen werden, um Politikversagen zu verhindern. Die Politik neigt bisweilen dazu, gewisse Probleme nur zaghaft oder mit Verspätung zu lösen, wodurch enorme Schuldenberge entstehen können. Das soll verhindert werden.

□ Gemäss der Motion sollen automatisch Massnahmen ergriffen werden, sobald gewisse Grenzwerte erreicht oder überschritten werden. Woran denken Sie in diesem Zusammenhang?

Wenn der AHV-Fonds beispielsweise eine definierte Grenze unterschreitet, nachdem rote Zahlen geschrieben wurden, muss die Politik eingreifen. Im Detail kann eine Schuldenbremse unterschiedlich ausgestaltet werden, sie kann gestaffelt wirken, oder man kann die Konjunktur und künftige Entwicklungen berücksichtigen. Entscheidend ist, dass der Druck auf die Politik erhöht wird, zu handeln, da sonst eben automatisch Massnahmen ausgelöst werden, wie dies in der Arbeitslosenversicherung der Fall ist. Sie können sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite oder idealerweise beide betreffen, das ist im Detail noch zu bestimmen.

□ Die nationalrätliche Kommission wie auch die Vertreter der Linken haben die Motion abgelehnt, sie wollen allfällige Fiskalregeln in die 12. AHV-Revision einbinden. Gibt es auch grundsätzlich Opposition gegen dieses Instrument?

Ja, die Ratslinke spricht sich grundsätzlich gegen Schuldenbremsen aus. In der Kommission hat sich offenbar auch die SVP kritisch geäußert, im Rat die Motion aber dann unterstützt. Die Linke lehnt das Instrument ab, weil sie darin eine Entmündigung der Politik sieht. Zudem müssen bei der Schuldenbremse, wie sie im Bundeshaushalt oder in der Arbeitslosenversicherung angewandt wird, in der Regel



Der Berner Ständerat Werner Luginbühl will mit Fiskalregeln Politikversagen verhindern.

auch Massnahmen auf der Ausgabenseite vorgesehen werden.

□ Aber das Argument, dass dieses Instrument im grossen Rahmen der 12. AHV-Revision zu sehen ist, hat etwas für sich. Das trifft zu. Es geht mir darum, dass diese Fiskalregeln spätestens in der nächsten AHV-Revision eingeführt werden. In der Invalidenversicherung ist eine derartige Regel im zweiten Teil der 6. Revision vorgesehen. Diese Diskussion wird der Ständerat nächste Woche führen.

□ Gegen diesen zweiten Teil der Revision ist Opposition aufgetaucht. Könnte sie das Vorhaben als Ganzes gefährden? Ja. Zudem hat der Bundesrat das Sparpotenzial, das zunächst auf 700 Mio. Fr.

fixiert worden war, schon in seiner Botschaft auf 325 Mio. Fr. reduziert. Die Kommission hat es noch weiter gestutzt. Das ist auch insofern problematisch, als dem Volk in der Abstimmung über die befristete Zusatzfinanzierung versprochen worden war, dass in der 6. Revision ausgabenseitige Vorkehrungen ergriffen würden.

□ Das Vorgehen der Politik ist zumindest nicht ganz lauter. Ich habe in der Tat Probleme, wenn das Sparziel so weit reduziert wird.

□ Die finanzielle Lage der IV ist bekannt, der Schuldenberg beläuft sich auf mehrere Milliarden Franken. Wie beurteilen Sie die Situation in der AHV?

Glücklicherweise ist die Lage der AHV besser. In den Szenarien des Bundesamts für Sozialversicherungen wird aber deutlich, dass selbst im günstigsten Fall spätestens ab 2020 mit Defiziten zu rechnen sein wird. Mit Blick auf die demografische Entwicklung ist es nur eine Frage der Zeit, bis diese Probleme virulent werden.

□ Die 12. AHV-Revision ist noch nicht einmal in Angriff genommen worden. Womit kann das Problem der Alterung der Bevölkerung aufgefangen werden? Wir werden mittelfristig nicht um eine Flexibilisierung beziehungsweise eine Erhöhung des Rentenalters herumkommen. Darüber müssen wir, wenn nicht in der 12., spätestens in der 13. Revision reden. Ich kann mir ein flexibles System vorstellen, zumal immer mehr Leute in Berufen mit geringer physischer Belastung arbeiten und die Lebensarbeitszeit damit verlängert werden kann. Das geschieht in anderen Ländern übrigens auch.

□ Sehen Sie auch auf der Finanzierungseite Möglichkeiten, um einzugreifen? Wir sollten so lange wie möglich vor allem auf der Ausgabenseite ansetzen. Die Soziallasten und die Lohnnebenkosten sind in der Schweiz noch einigermaßen erträglich und damit ein Standortvorteil.

□ Welche Rolle könnten die diskutierten Fiskalregeln spielen? Wenn sie in die 12. Revision eingepackt werden, würden sie erst im Hinblick auf weitere Revisionen wirken, wenn wieder Defizite entstehen.

□ Die Linke hat bisher keine Bereitschaft signalisiert, in einer so ausgestalteten Revision mitzumachen. Wie kann sie dazu gebracht werden, nicht in Fundamentalopposition zu verharren? Bundesrat Didier Burkhalter versucht, die Fakten auf den Tisch zu legen und Kompromisse zu erzielen. Ich hege aufgrund von Äusserungen von linker und gewerkschaftlicher Seite jedoch grösste Zweifel, ob dies gelingt. Wir werden das Volk überzeugen müssen, was uns im Fall Arbeits-

losenversicherung immerhin gelungen ist. In der AHV dürfte das schwieriger werden. Aber wenn die Fakten nicht einfach ausgeblendet werden, sollte früher oder später die Einsicht entstehen, dass einschneidende Massnahmen notwendig sind.

□ Die AHV kommt spätestens 2020 in finanzielle Probleme. Die Revision muss bis dann in Kraft gesetzt sein. Reicht die Zeit überhaupt noch? Es wird tatsächlich eng. Wir stehen bereits unter Zeitdruck und werden intensiv am Thema arbeiten müssen. Zudem haben wir bis 2020 noch keine Schuldenbremse, wenn sie erst Teil der 12. Revision ist. Das spricht für eine vorgezogene Einführung des Instruments.

□ Was würde geschehen, wenn die Revisionen von AHV und IV nicht zeitgerecht abgeschlossen werden können? In der IV bin ich optimistisch, obwohl man spät gehandelt hat. In der laufenden

Wir werden mittelfristig nicht um eine Flexibilisierung beziehungsweise eine Erhöhung des Rentenalters herumkommen.

IV-Revision ist eine Schuldenbremse vorgesehen, die in den kommenden Jahren im Notfall greift und dafür sorgt, dass die Finanzen nicht wieder aus dem Ruder laufen. In der AHV haben wir mehr Luft, die Revisionsbemühungen sind aber noch nicht weit gediehen. Ich zähle auf die Vernunft der Politik und die Einsicht der Bevölkerung in die realen Gegebenheiten, weil wir sonst mit grossen Problemen zu kämpfen haben werden.

□ Gibt es einen Plan B, wenn die 12. AHV-Revision scheitern sollte? Nein, es gibt keinen Plan B, dann landen wir in der Schuldenwirtschaft.